

II-3211 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1621 J

1981 -12- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten DKFM.BAUER, Dr.Jörg HAIDER, DVW.JOSSECK
an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend behauptete Rechtswidrigkeiten im Bereich der
Steuerfahndung

In letzter Zeit häufen sich Meldungen, daß bei Maßnahmen von Organen der Steuerfahndung immer wieder gesetzliche Regelungen nicht eingehalten werden sollen. Es dürfen aber rechtsstaatliche Grundsätze nicht mißachtet werden, selbstverständlich auch nicht mit dem Argument, damit angeblich bessere Erfolge zu erzielen. Die einschlägigen Gesetze ziehen einen Rahmen, innerhalb dessen die staatlichen Handlungen zu erfolgen haben. Nur so darf die Verwaltung tätig werden.

Es wurden eine Reihe von Beschwerden eingebracht, die die Verletzung verfassungsrechtlich gewährleisteter Rechte, die Durchführung von Hausdurchsuchungen ohne Hausdurchsuchungsbefehle und die Nichteinhaltung von Normen des Finanzstrafgesetzes behaupten. Besonders bekannt wurden in diesem Zusammenhang u.a. der sogenannte "Fall Südbahnstrecke" und der "Fall Schott".

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

- 2 -

A n f r a g e :

1. Welche Beschwerden wurden in den letzten Monaten im Zusammenhang mit Maßnahmen von Organen der Steuerfahndung eingebracht?
2. Welches Ergebnis haben die diesbezüglichen Untersuchungen erbracht bzw. wieviele sind noch im Gang?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit in jedem einzelnen Fall einer Steuerfahndung die gesetzlich vorgeschriebene Vorgangsweise von den Beamten strikt eingehalten wird?
4. Welche Konsequenzen werden Sie in den Fällen ziehen, in denen ein rechtswidriges Vorgehen der Behörde festgestellt wurde?
5. Wie lauten die für die Steuerfahndung maßgeblichen internen Richtlinien der Finanzverwaltung?
6. Werden Überlegungen darüber angestellt, in welcher Weise divergierende Rechtsmeinungen, die bei solchen Fällen besonders stark aufgetreten sind (z.B. zwischen Banken und Finanzverwaltung), gelöst werden können?
7. Sind Sie bereit, im Interesse des Rechtsstaates eine Enquête zu organisieren, in der u.a. das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Justiz und die Kammer der Wirtschaftstreuhänder teilnehmen, um die Schwierigkeiten bei der Steuerfahndung zu diskutieren und generelle Richtlinien speziell für das Finanzstrafverfahren gemeinsam zu erarbeiten?